

Zum Haushaltsplan 2020 bis 2023

2019-12-18

Haushalt-Vorberatung

Als erstes möchten wir uns für die ausführlichen, öffentlichen Vorberatungen zum Haushalt bedanken. Gerade die Vorberatung in den Ausschüssen hat der Verwaltungsspitze und vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhebliche zusätzliche Arbeit bereitet. Das ist uns bewusst. Aber das Ergebnis ist eine Darstellung, was und in welchem enormen Umfang die Stadtverwaltung leistet und wieviel Fachwissen, Organisation und Zusammenspiel dabei erforderlich sind. Dieser Einblick ist für den Gemeinderat und für die Öffentlichkeit wichtig – nicht zuletzt in Bezug auf eine verdiente Anerkennung und das eine oder andere eigene Maßhalten im Gemeinderat.

Kennzahlen

Im Ergebnishaushalt, dessen Aufwendungen erstmals die 70-Mio-Grenze überschreiten, ist das geplante ordentliche Ergebnis eine schwarze Null. Die ist hart erkämpft, lag das Ergebnis vor wenigen Jahren doch noch bei einem Defizit von mehreren Mio EUR. Dabei darf es allerdings nicht bleiben, denn zukünftige Investitionen erfordern keine schwarze Null, sondern ein deutlich positives Ergebnis.

Das Verhältnis von Steuerkraftmesszahl zu Bedarfsmesszahl, also das Verhältnis von dem, was wir formal aus eigener Kraft leisten können und dem, was wir formal leisten können sollten, nimmt mit 72% den bisher höchsten Wert an. Es ist aber immer noch weit von 100% entfernt. Das bedeutet, Überlingen ist zur Erfüllung seiner Aufgaben auf Schlüsselzuweisungen des Landes angewiesen, die diese Differenz teilweise ausgleichen. Allerdings sind es in Baden-Württemberg gerade einmal knapp 70 Gemeinden, die nicht auf Schlüsselzuweisungen angewiesen sind.

Die Summe aus Steuerkraftmesszahl und Schlüsselzuweisung ist die Steuerkraft. Nach ihr bemisst sich zum Beispiel, was Überlingen als Umlage an Kreis und Land abführen muss.

Diese Zusammenhänge sind entscheidend dafür, dass sich eine Steigerung bei Gewerbsteuer und Einkommensteuer, unsere beiden Haupteinnahmequellen, nicht 1:1 auf die tatsächlichen Mehreinnahmen auswirkt. Von 1 EUR mehr Gewerbesteuer bleiben bei uns aktuell vermutlich nur knapp 20 Cent hängen, weil Umlagen entsprechend zunehmen und Zuweisungen abnehmen. Bei der Einkommensteuer sind es knapp 50 Cent. Die Verbesserung der Ertragslage ist daher ein mühsamer Prozess. Und bei Maßnahmen wie der Erstellung neuer Gewerbe- oder Wohngebiete muss daher aus finanzieller Sicht sorgfältig betrachtet werden, welchem Zweck sie dienen und wie effektiv sie sind.

Wunsch und Wirklichkeit

In den letzten Jahren sind die tatsächlichen Auszahlungen für Investitionstätigkeiten, hier insbesondere die Baumaßnahmen, weit hinter den geplanten Werten zurückgeblieben, zwischen 45 Prozent im Jahr 2014 und 75 Prozent im Jahr 2018. bei dieser Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit gibt es nur zwei Lösungen: Den Wunsch reduzieren oder die Umsetzung optimieren.

Die Reduzierung der Auszahlungen für Investitionstätigkeit von 22.1 Mio EUR im Jahr 2020 bis herunter zu 12.9 Mio EUR im Jahr 2023 trägt dem Rechnung. Die damit verbundenen Kürzungsrunden waren für die Fraktion LBU/Die Grünen schmerzhaft, doch sind wir bis auf eine Ausnahme ganz dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt. **Damit erwarten wir, dass dieser reduzierte Investitionsplan 2020 bis 2023 nun auch tatsächlich so umgesetzt umgesetzt wird.** Sollte sich abzeichnen, dass das wieder nicht gelingt, dann sind zwingend Eingriffe erforderlich, sei es in Organisationsstrukturen oder in der Personalbemessung. Insofern ist das Jahr 2020 für uns ein entscheidendes Jahr.

Eine Verbesserung ist dagegen bei den Aufwendungen für das Immobilienmanagement und die Straßen-Dienstleistungen erkennbar. Lag hier die Wirklichkeit im Jahr 2014 noch bei lediglich 67 Prozent des Plans, so sind es im Jahr 2018 nahezu 100 Prozent. Wir hoffen, dass sich ein ähnlicher Wert auch für die Jahre 2019 und 2020 ergeben wird.

Zeitplan

Der nun präsentierte Zeitplan für die investiven Baumaßnahmen wurde mehrfach angepasst. Auch hier erwartet die Fraktion LBU/Die Grünen, dass er nun durchführbar und verlässlich ist. Das ist für alle Betroffenen wichtig, insbesondere die Feuerwehr, die Kindertageseinrichtungen und die Schulen.

Der Zeitplan für das Investitionsprogramm erzwingt auch einen Zeitplan für die Planung und Ausschreibung. Vor Baubeginn muss die Planung vollständig und mindestens 90% der Bauleistungen erfolgreich ausgeschrieben worden sein. Dann erst stehen die Kosten verbindlich fest und erst dann kann der endgültige Startschuss zum Bau gegeben werden. Die Stadt kann es sich finanziell nicht leisten, unter Zeitdruck vom Markt erpresst zu werden. Auch hier erwartet die Fraktion LBU/Die Grünen eine fristgerechte Umsetzung von Planung und Ausschreibung. Anstelle der kurzfristigen und isolierten Planung von Einzelprojekten sollte ein größeres Augenmerk auf integrierte Ansätze gelegt werden, beispielsweise indem zuerst ein Quartiersentwicklungsplan aufgestellt wird, der andernfalls nur hinterherhinken kann.

Bei der Planung des neuen Feuerwehrgebäudes in der Schlachthausstraße sollte 2020/2021 auch die Zusammenlegung von Bauhof und Stadtgärtnerei berücksichtigt werden. Wir sind sicher, dass das von der Verwaltung auch so vorgesehen ist, auch wenn

es aus dem Investitionsprogramm nicht unmittelbar hervorgeht. Die Planung sollte eine endgültige Standort-Analyse und Entscheidung in Bezug auf den Werkhof, den Bedarfs- und Raumplan für Feuerwehr und Werkhof und einen beschränkten Wettbewerb umfassen, die Bauausführung erfolgt danach in zwei Bauabschnitten, so wie im Investitionsplan vorgesehen.

Schließlich fällt mit den Erfahrungen der Landesgartenschau im kommenden Jahr auch der letzte Startschuss, um eine funktional bessere und umweltgerechte Verkehrslösung umzusetzen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei wie bereits beschlossen die Reduktion des Durchgangsverkehrs und die Umgestaltung der Hafenstraße, am besten unmittelbar gefolgt von der Jakob-Kessenring-Straße.

Schulden

In den letzten Jahren stellte sich die Aufnahme von Krediten immer anders dar als geplant, weil das Investitionsprogramm nicht wie geplant umgesetzt wurde. Bei regelmäßiger Tilgung sank damit der Schuldenstand von einem Höchststand von 25.4 Mio EUR im Jahr 2005 auf aktuell etwa 13.5 Mio EUR. Damit ist es bald vorbei. Die Stadt muss erhebliche Kredite aufnehmen, um die Investitionen zu schultern, für die der Ergebnishaushalt keine Mittel hergibt.

Der Haushaltsplan sieht vor, dass der Schuldenstand in den kommenden 4 Jahren auf 30.5 Mio EUR ansteigt. Das ist mehr als doppelt so hoch wie jetzt, aber immerhin niedriger, als in den meisten Jahren zuvor angesetzt. **Trotz der Investitionen in die Zukunft läuft diese starke Neuverschuldung der Generationengerechtigkeit zuwider** (was übrigens auch beim Verkauf von städtischen Grundstücken der Fall ist). Das müssen wir sehr kritisch im Auge behalten.

Prioritäten

Seit der Amtszeit von Oberbürgermeisterin Becker besitzen Kinder und Jugend eine hohe Priorität im städtischen Haushalt. Diese Linie wurde unter Oberbürgermeister Zeitler weitergeführt, immer mit Unterstützung des Gemeinderates. Für die Kindertageseinrichtungen und Schulen ist diese Prioritätensetzung allerdings nicht immer so leicht erkennbar, zugegeben. Wir unterstützen und schätzen es in diesem Zusammenhang sehr, dass der Haushaltsplan nun auch die Arbeit eines Streetworkers vorsieht und dass eine feste Personalstelle für unseren Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung eingerichtet wurde.

Die Fraktion LBU/Die Grünen bekennt sich zur Priorität Kinder und Jugend, was in letzter und ehrlicher Konsequenz bedeutet, dass sich manche anderen Dinge dem unterordnen müssen.

Wenn auch nicht alle sogenannten „Freiwilligkeitsleistungen“ in dem Maße gewährt werden können, wie sie es verdient hätten und wie es aus anderer Perspektive nötig wäre, so steht die Stadt dennoch in der Pflicht, ein Grundgerüst bereitzustellen, an dem sich Initiativen und ehrenamtliches Engagement festhalten und aufbauen können. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kultur, Vereine und Jugend.

Daher war es wichtig und bekam unsere volle und aktive Unterstützung, dass der Gemeinderat finanziell beispielsweise die Dorfgemeinschaft Andelshofen, die Bolderhalle des DAV, die Tafel der Caritas und die Vereine im Telekomgebäude unterstützt und dass er die Jugendförderung der Vereine signifikant erhöht hat. Ebenso, dass die Überlinger Kulturszene nach 2020 mit der ehemaligen Kapuzinerkirche wieder eine Spielstätte erhält, die spätestens nach 2023 auch ganzjährig nutzbar sein wird. **Gemessen an dem Engagement, das ermöglicht und entfaltet wird, sind diese Leistungen ein in jeder Hinsicht lohnendes Geschäft für die Stadt.**

Hieran zeigt sich auch klar, dass die doppische Haushaltsführung mit ihren rein betriebswirtschaftlichen Kriterien nicht der letzte Maßstab sein kann. Eine Stadt ist für mehr verantwortlich als für wertmäßige Ziele und Fragen der betriebswirtschaftlichen Effizienz. Es ist die Aufgabe der Kommunalpolitik, dafür zu sorgen, dass die Qualität kommunaler Dienstleistung und das Erreichen politischer Ziele nicht unter den Tisch fallen, nur weil sie sich in der Haushaltsbilanz negativ niederschlagen. **Überlingen ist mehr als ein Wirtschaftsunternehmen.**

Klima

Ein Bereich, der für den Haushalt 2020 weniger von Bedeutung ist, der aber ganz erhebliche Auswirkungen auf die langfristige Kosten-Nutzen-Analyse hat, ist der Bereich Umwelt und Klima. Das betrifft sowohl den Beitrag Überlingens zur Senkung der klimaschädlichen Emissionen als auch Maßnahmen, um den Auswirkungen der Klimaänderungen und des Artenrückgangs unmittelbar in Überlingen zu begegnen.

Überlingen ist seit 1997 Mitglied im Klima-Bündnis; das ist wohl noch weniger bekannt als die Tatsache, dass Überlingen Mitglied in der Vereinigung cittaslow ist. Im April 2018 hat der Gemeinderat einen Klimaschutz-Masterplan beschlossen, der jedoch nur eine leere Form ist, die ausgestaltet und gefüllt werden muss. Ebenso wurde Anfang des Jahres eine Stadtklima-Analyse beschlossen, die wichtige Handlungspunkte aufzeigen wird. Diese Aktivitäten müssen zu einem konsistenten und konkreten Plan weiterentwickelt und umgesetzt werden. **Dafür bietet sich die Einrichtung einer Klimakommission an**, wie sie beispielsweise in Ravensburg eingesetzt wird.

Ausblick

Im nächsten Jahr steht ein beeindruckendes Programm zur Landesgartenschau und zum 1250-jährigen Stadtjubiläum auf der Tagesordnung. Es werden viele Reden gehalten oder

gehört (oder zur Kenntnis genommen) und zahllose Veranstaltungen besucht. Da ist es ein gutes Kontrastprogramm, um die Umsetzung des Haushaltplans konstruktiv zu begleiten und mitzuwirken, dass sie gelingt.

Mit diesen Anmerkungen und Erwartungen können wir dem vorgelegten Haushalts- und Personalplan 2020 und der mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2023 zustimmen ...

... nicht bevor wir uns noch einmal bei allen städtischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihren Einsatz bedankt haben. Die meisten von ihnen arbeiten ganz im Hintergrund, leisten mehr, als honoriert wird und müssen viel von dem ausbaden, was der Gemeinderat beschließt, ablehnt, übersieht, neu beschließt oder ändert. Diese Wechselwirkung ist uns sicher nicht immer hinreichend bewusst, ändert aber nichts an dem großen Respekt, den wir vor dem Einsatz haben, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag für unsere Stadt leisten.

Die Fraktion LBU/Die Grünen